

(Foto: Antonia Rumpf: Laokoon in
Malpensa/Milano)

NEWSLETTER

NR. 4: JUNI/JULI 2023

NACHRICHTEN AUS DER KANZLEI

Aus unserer Mandatsarbeit

Wussten Sie eigentlich ...?

AKTUELLE NACHRICHTEN AUS
POLITIK UND WIRTSCHAFT (TÜRKEI)

Politik

Wirtschaft

GESETZGEBUNG IN DER TÜRKEI

Erhöhung der Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer

Erhöhung Körperschaftsteuer

Finanzzentrum Istanbul Durchführungsverordnung

RECHTSPRECHUNG IN DER TÜRKEI

Verfassungsgericht: Art. 407 ZGB (Entmündigung
von Straftätern) verfassungswidrig

Verfassungsgericht: Keine Ortsbesichtigung durch
Kartellbehörde ohne Gerichtsbeschluss

RECHTSPRECHUNG IN DEUTSCHLAND



Rumpf Rechtsanwälte

Lenzhalde 68 – D-70192 Stuttgart

Tel: +49 (0) 711 / 997 977-0 – Tel: +49 (0) 711 / 997 977-20

eMail: info@rumpf-legal.com – www.rumpf-legal.com

Rumpf Consulting Danışmanlık Hizmetleri Ltd. Şti.

Ömer Avni Mah. Meclisi Mebusan Cad. Molla Bayırı Sok. Karun Çikmazı No: 1

Deniz Han Kat:2 Daire:10 - TR-34427 Kabataş – İstanbul

Tel. +90 212 243 76 30 – Fax +90 212 243 76 35 – info@rumpf-consult.com

Redaktion: Antonia Rumpf

Die Informationen in diesem Newsletter ersetzen nicht die anwaltliche Beratung.
Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

NACHRICHTEN AUS DER KANZLEI

AUS UNSERER MANDATSARBEIT

Wir verzeichnen einen leichten Anstieg an Firmengründungen in der Türkei, die von unserer dortigen Unternehmensberatung Rumpf Consulting durchgeführt werden. Die in den letzten Jahren stark zunehmende Digitalisierung der Prozesse bei der Firmengründung in der Türkei hat uns ermöglicht, den Mandanten in einzelnen Fällen in Bezug auf die Höhe der Honorare und Kosten entgegenzukommen. Ein Wermutstropfen ist die kürzlich erfolgte Erhöhung der Körperschaftsteuer auf 25%.

Wir sind von einer britischen Plattform für Anwaltsmarketing zur Kanzlei des Jahres 2023 für deutsch-türkisches Wirtschaftsrecht gekürt worden.

"[Das türkische Familienrecht im deutsch-türkischen Zusammenhang](#)" ist bei epubli in 2. Auflage erschienen. Es war seinerzeit aus zahlreichen Gutachten entstanden, die der Autor in den letzten Jahren für deutsche Gerichte erstattet hat.

WUSSTEN SIE EIGENTLICH...

..., dass es sich bei „Fug und Recht“ um ein [Hendiadyoin](#) handelt, also um eine Wendung, welche nach dem Motto „doppelt genäht hält besser“ zweimal dasselbe sagt? Denn [Fug](#) ist ein mittelalterlicher Begriff für „Recht“. Unfug ist, was nicht rechtens ist. Die Befugnis ist das Recht, rechtlich verbindliche Erklärungen abzugeben. Die Verfügung ist eine rechtliche Anordnung. Die Verfügungsbefugnis (schon wieder „doppelt gemoppelt“!) ist das Recht, über das eigene Eigentum zu verfügen, es rechtlich auszugestalten und einzusetzen. Ist es gepfändet, ist auch die Verfügungsgewalt eingeschränkt.

AKTUELLE NACHRICHTEN AUS POLITIK UND WIRTSCHAFT

POLITIK

ENGLISH SUMMARY: AKP and the President Recep Tayyip Erdoğan won the Presidentials and Parliamentaries held on 14 May 2023 and 28 May 2023. No change. The President, however, made some important changes in his government.

Präsident Erdoğan hat es noch einmal knapp geschafft. Wie die Gelehrten der Verfassungsgeschichte den Vorgang in 30 Jahren beurteilen werden, ist heute noch völlig offen. Denn eigentlich genehmigt die Verfassung dem Präsidenten nur zwei Amtszeiten. Eine frühere Version der Verfassung hatte eine einmalige Amtszeit von sieben Jahren vorgesehen. Die AKP hat das „Problem“, ihrem Vorsitzenden eine dritte Amtszeit zu gönnen, mit einem Rechenrick gelöst, der auf die Verfassungsänderung von 2017 zurückgeht, aber an der Verfassungswidrigkeit des Vorgangs einer dritten Wahl nichts ändert. Auch die Frage, ob der Präsident eine andere Voraussetzung erfüllt, nämlich ein abgeschlossenes Hochschulstudium, ist bis heute unklar – was nichts anderes heißt, als dass diese Voraussetzung nicht vorliegt.

Weder tauchen unter seinem großen Anhängerkreis Studienfreunde auf noch hat er - so jedenfalls konnte man aus der unabhängigen Presse erfahren - je das Original eines Diploms vorgelegt, das von einer damals existierenden Universität bestätigt worden wäre.

Die HDP hat Stimmen verloren. Ein wichtiger Angriff der Generalstaatsanwaltschaft beim Kassationshof auf die HDP, gegen welche derzeit ein Parteiverbotsverfahren läuft, ist ins Leere gegangen. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte versucht, der Partei die Konten sperren zu lassen. Das Verfassungsgericht ist dem einstimmig mit dem Argument entgegengetreten, dass die finanzielle Kontrolle der Parteien dem Verfassungsgericht obliege und dies nichts mit einem Parteiverbotsverfahren zu tun habe (Quelle: [Amtsblatt](#)).

Der Gegenkandidat Kılıçdaroğlu ist immer noch Vorsitzender der CHP. Tatsächlich hat die CHP seit längerer Zeit keine Ausstrahlung und war darauf angewiesen, mit kleinen Parteien ein Oppositionsbündnis zu schmieden. Die AKP dagegen bedient ihre Wähler nach wie vor erfolgreich mit ihren Visionen von einer "großen Türkei", obwohl das Land inzwischen heruntergewirtschaftet ist, und profitiert sowohl von den evidenten Schwächen der Opposition als auch von der treuen Unterstützung durch die kleine MHP.

Mit seinem neuen Kabinett versucht Erdoğan, wieder an bessere Zeiten der AKP anzuknüpfen - aus unserer Sicht für EU und NATO eine Chance, den abdriftenden Partner wieder einzufangen. Es fehlt jetzt nur noch die Einsicht des AKP-Regimes, dass es für ein Land und seine Nation gesünder ist, in das Gesundheitswesen und eine säkulare Bildung zu investieren, statt dies staatlich gesteuerten religiösen Strukturen zu überlassen. Oder man interpretiert den neuerlich bekräftigten Wunsch zum Beitritt dahin, dass das aktuelle Regime nicht nur an die Töpfe der EU gelangen, sondern eigenen Einfluss, gerade auch im Sinne einer Stärkung des Islam auf dem Territorium der EU, geltend machen will.

WIRTSCHAFT

ENGLISH SUMMARY: US-Dollar = TL 26,95; Euro = TL 29,98 TL (24.07.2023); inflation June 2023 38,21% (decreased); unemployment rate May 2023 8,8% (official figures)

Inflation und Arbeitslosigkeit sind weiterhin leicht rückgängig. Allerdings sind die Reallöhne drastisch gefallen. Vereinzelt wird in der Türkei eine Abwertung der TL gefordert.

GESETZGEBUNG IN DER TÜRKEI

ERHÖHUNG DER UMSATZ- BZW. MEHRWERTSTEUER

Am 10.7.2023 wurde durch den Präsidenten der Republik eine Erhöhung der allgemeinen Umsatzsteuer von 18% auf 20% verfügt. Die ermäßigte Umsatzsteuer wurde von 8% auf 10% erhöht, für einige Produkte für die Körperpflege und Waschmittel gilt statt der bisher geltenden 8% der volle neue Umsatzsteuersatz von 20% (Quelle: [Amtsblatt](#)).

ERHÖHUNG DER KÖRPERSCHAFTSTEUER

Durch Gesetz Nr. 7456 v. 14.7.2023 wurde die allgemeine Körperschaftsteuer auf 25% festgelegt, für einige Institutionen wie Banken und Versicherungen auf 30%. An diesem Gesetz fällt das Tempo der Bekanntmachung auf. Obwohl auch unter der heutigen Verfassungslage ein Gesetz der Bestätigung durch den Präsidenten der Republik bedarf, konnte dieses Gesetz bereits einen Tag nach seiner Verabschiedung im [Amtsblatt](#) bekannt gemacht werden. Das Gesetz enthält zahlreiche Änderungen auch anderer Gesetze und dient seiner Überschrift gemäß unter anderem der Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen des Erdbebens Anfang Februar 2023. Was die Körperschaftsteuer angeht, stellt sie sich gegen den internationalen Trend, die Belastung der für das Laufen einer Wirtschaft verantwortlichen Unternehmen zu mindern.

FINANZZENTRUM ISTANBUL DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG

Nachdem wir vor einem Jahr über das Gesetz zur Ausgestaltung von Istanbul als "Finanzzentrum" [berichtet](#) hatten, ist hierzu jetzt die Durchführungsvorordnung herausgekommen (Quelle: [Amtsblatt](#)).

RECHTSPRECHUNG IN DER TÜRKEI

VERFASSUNGSGERICHT: ART. 407 ZGB (ENTMÜNDIGUNG VON STRAFTÄTERN) VERFASSUNGSWIDRIG

ENGLISH SUMMARY: The [Turkish Constitutional Court](#) rendered a judgment on 22.03.2023 with the annulment of Articles 407 and 471 Civil Code. These regulations provide the legal incapacitation of convicts with verdicts for imprisonment of more than one year. The aim of these articles is the protection of the economic standing of the convict who by the nature of his imprisonment has difficulties to protect his legal and economic interests. Incapacitation, however, means that after enjailment in prison, the competent judge of peace appoints a legal guardian who takes care of all legal issues of the convict who is deprived of the right to make contracts and applications to civil and administrative courts and administrative bodies. As ordinary procedures under civil law are applied this also means that specific contracts such as real estate purchase and sales contracts or matrimonial property agreements are subject to the permission of the judge of peace. Although admitting that the provisions are legitimate in terms of the protection of the economic interests of the convict, the Court found that such a legal setting is in breach of Articles 20 (right to personal freedom and protection of the right to dispose on personal issues) and 35 (property), as the limitations to these rights in Article 13 (general provision on the limitation of fundamental rights) and the respective special provisions in Articles 20 and 35 of the [Constitution](#) would not allow such serious interference in the individual

rights (principle of proportionality). The judgment has been published on [23 June 2023](#) and will get in force nine months later.

Das türkische Verfassungsgericht hat mit Urteil v. 22.3.2023 die Art. 407 und 471 ZGB für nichtig erklärt und das Inkrafttreten neun Monate nach Bekanntmachung im Amtsblatt verfügt. Das Urteil wurde am 23.6.2023 im [Amtsblatt](#) bekanntgemacht.

Bei diesen Vorschriften geht es darum, dass Strafgefangene, die zu einer Gefängnisstrafe zu mindestens einem Jahr Gefängnis verurteilt worden sind, als entmündigt gelten. Sobald die Gefängnisstrafe angetreten wird, wird dies von der Vollzugsbehörde dem örtlich zuständigen Friedensgericht, das für Vormundschaftssachen zuständig ist, mitgeteilt, das dann von Amts wegen einen Vormund bestellt, der als gesetzlicher Vertreter für den Strafgefangenen Rechtsgeschäfte abschließt, Zustellungen entgegennimmt, sich an Gerichtsverfahren in der Zivil- und Verwaltungsgerichtsbarkeit beteiligt. Mit Entlassung aus dem Gefängnis endet der Status der Entmündigung automatisch. Diese Regelung, welche die Mechanismen des Vormundschafts- und Betreuungsrechts in Gang setzt, hat umfangreiche Auswirkungen auf die Möglichkeiten des Strafgefangenen, Rechtsgeschäfte abzuschließen, die dann gar - wie etwa Grundstücksgeschäfte oder Güterstandsvereinbarungen - noch durch das Vormundschaftsgericht genehmigt werden müssen.

Das Verfassungsgericht folgte dem Normenkontrollantrag des 1. Friedensgerichts von Tarsus mit der Begründung, dass die Vorschriften gegen Art. 20 (allgemeines Freiheitsrecht, Persönlichkeitsschutz) und 35 (Eigentumsschutz) der [Verfassung](#) verstoßen. Die in der allgemeinen Schrankenklausele des Art. 13 der Verfassung und in Art. 20 und Art. 35 der Verfassung enthaltenen besonderen Schranken könnten hier trotz des durch die Gesetzeslage geschützten Interesses des Strafgefangenen nicht greifen. Das Gesetz beabsichtige zwar, die wirtschaftlichen Dispositionsmöglichkeiten des einsitzenden Gefangenen zu schützen. In der Abwägung im Lichte des Verhältnismäßigkeitsprinzips sei die Entmündigung jedoch kein angemessenes Mittel, um dieses Ziel zu erreichen.

VERFASSUNGSGERICHT: KEINE ORTSBESICHTIGUNG DURCH KARTELLBEHÖRDE OHNE RICHTERSBESCHLUSS

ENGLISH SUMMARY: The [Turkish Constitutional Court](#) rendered a [judgment](#) on 23.3.2023, on an individual application of Ford Turkey against a judgment of the administrative courts (final judgment rendered by the Council of State) which approved a fine against the applicant, imposed by the Competition Board for infringement of competition law. The fine was, inter alia, based on a visit of the personnel of the Competition Board to investigate facts in the premises of the company. The Constitutional Court held that the interpretation of Article 15 of the Competition Law allowing investigations on the spot in the premises of the Applicant constitutes a breach of Article 21 of the Constitution, protecting the inviolability of the home. Interestingly, the Court grants this right also to commercial legal entities and their offices and production areas. The Court rejected the application as to Article 35 of the Constitution for breach of property rights by imposing the

fine and also the fair trial objection. The Court admitted the application as to the excessive duration of the proceedings.

Mit [Urteil v. 23.3.2023](#) gab das Verfassungsgericht teilweise einer Verfassungsbeschwerde des Autobauers Ford statt, mit welcher die Antragstellerin mehrere Verfassungsverletzungen durch ein Urteil des Staatsrats rügte, welches die Urteile des Verwaltungsgerichts und des Regionalverwaltungsgerichts bestätigte. Ford hatte gegen die Verhängung einer kartellrechtlichen Geldbuße geklagt. Dabei rügte das Unternehmen unter anderem, dass die Kartellbehörde Untersuchungen in den Firmengebäuden angestellt hatte, ohne einen richterlichen Beschluss vorweisen zu können. Tatsächlich sieht das Wettbewerbsgesetz die Einholung eines solchen Beschlusses auch nicht vor.

Das Verfassungsgericht sah darin einen Verstoß gegen die Unverletzlichkeit der Wohnung gemäß Art. 21 der Verfassung. Selbst wenn man "Gefahr in Verzug" unterstellen würde, seien die Voraussetzungen für die Beschränkbarkeit des Grundrechts nicht gegeben, da auch eine beschleunigte Beibringung eines richterlichen Beschlusses für die angegriffene Maßnahme im Gesetz nicht enthalten sei.

Das Verfassungsgericht sprach somit dem Unternehmen als juristische Person die Grundrechtsfähigkeit und Aktivlegitimation zu und zog zudem Gewerberäume in den Schutzbereich der genannten Verfassungsbestimmung. Eine durch die Verhängung der Geldbuße begangene Eigentumsverletzung dagegen sah das Verfassungsgericht durch Art. 35 der Verfassung als gedeckt an. Einen Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens verneinte es, bejahte dagegen aber die überlange Verfahrensdauer.

Das Urteil zeichnet sich durch eine überaus sorgfältige Darstellung der verfassungsrechtlichen Grundlagen unter Berücksichtigung der internationalen Rechtslage aus. Es enthält zudem eine Lehrstunde zu Inhalt und Rahmen des Verhältnismäßigkeitsprinzips mit seinen drei Prüfungsstufen Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit.

RECHTSPRECHUNG IN DEUTSCHLAND

BGH: KEINE EIGENTUMSVERLETZUNG DURCH SUCHMELDUNG IN DER DATENBANK LOST-ART

ENGLISH SUMMARY: German Federal Court: Submission of an artwork as "lost" on the platform of [Lost Art](#) does not constitute a breach of property rights of the owner ([see judgment in English on the website of the Court](#)).

Mit Urteil v. 21.7.2023 (V ZR 112/22) verneinte der BGH die Eigentumsbeeinträchtigung durch eine Suchmeldung für Kulturgut auf der Datenbank [Lost Art](#). Die Datenbank spielt eine wichtige Rolle beim Auffinden verlorenen oder gestohlenen Kulturguts und Raubguts sowie für faire Lösungen bei der Restitution.

Der Kläger, ein Kunstsammler, hatte im Jahr 1999 im Rahmen einer Auktion in London das Gemälde "Kalabrische Küste" des Malers Andreas Achenbach erworben. Das Gemälde hatte sich in den 1930er

Jahren im Besitz eines jüdischen Galeristen befunden, der das Gemälde verkaufte, bevor er seine Galerie aufgeben musste. Die heutigen Nachlassverwalter, ein kanadischer Trust, hatten im Jahre 2016 die Anzeige bei Lost Art aufgegeben. Dagegen wehrte sich der heutige Eigentümer. Er behauptete die Beeinträchtigung seiner Eigentumsrechte durch die Veröffentlichung des Gemäldes als Raubgut auf der Datenbank.

Die erhobene Unterlassungsklage hatte in keiner Instanz Erfolg.

Der BGH verneinte einen Anspruch aus § 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB auf die mit dem Hauptantrag verlangte Unterlassung, weil die Beklagten sich nicht des Eigentums an dem Gemälde des Klägers berührt haben. Allein die Behauptung, das Gemälde habe im Eigentum des jüdischen Galeristen gestanden, sei noch kein Eingriff in das Eigentumsrecht, insbesondere keine Eigentumsanmaßung. Das gelte auch für die Eintragung des Gemäldes in der Fahndungsdatenbank von Interpol, weil lediglich das Abhandenkommen des Gemäldes am 13. November 1937 in Düsseldorf gemeldet wurde. Allein die Befürchtung, dass das Gemälde bei einer Ausstellung in anderen Ländern beschlagnahmt werden könnte, stelle noch keinen Eingriff im Sinne von § 1004 Abs. 1 Satz 1 BGB dar. Die Anzeige beruhe auf wahren Tatsachen, sie sei nicht mehr als eine Darstellung dieser Tatsachen, die per se auch nicht vom Kläger bestritten worden seien.

Ganz im Gegenteil bestehe u.U. gemäß § 44 Satz 1 Nr. 1 des Kulturgutschutzgesetzes wegen der Umstände des Verkaufs im Jahr 1937 die Vermutung, dass das Gemälde einem früheren Eigentümer NS-verfolgungsbedingt entzogen worden ist. Dies mache die Anzeige publik.

Nebenbei kann man dem Urteil auch den Hinweis entnehmen, dass die Passivlegitimation nicht der Beklagten, sondern der Betreiberin der Plattform zufalle, die entscheide, welche Suchmeldungen veröffentlicht werden. Ein anderer Hinweis, ohne näher mit seinen Konsequenzen für dieses Verfahren ausgeführt zu werden, betrifft den Umstand, dass die Tätigkeit der Datenbank Lost Art als staatliches Informationshandeln qualifiziert werden könnte, da die Datenbank ursprünglich staatlich betrieben worden sei. Aus unserer Sicht ergänzen kann man, dass diese Datenbank tatsächlich der Umsetzung internationaler Abkommen diene. Nachdem sie in privaten Händen sei, könnte die Tätigkeit dem Verwaltungsprivatrecht unterfallen und damit der zivilen Gerichtsbarkeit unterfallen (Quelle: [BGH](#)).